

K1 – Für eine lebendige Heimat. Klar. Sozial. Vor Ort.

Antragsteller*in: Unterbezirksvorstand Lüneburg

Weiterleitung: -

1

2 *Empfehlung der Antragskommission: Annahme*

3 Die Mitgliederversammlung des SPD-Unterbezirks Lüneburg möge beschließen:

4 **Für eine lebendige Heimat. Klar. Sozial. Vor Ort.**

5 Der Landkreis Lüneburg ist ein guter Ort zum Leben. Das ist das Ergebnis von Arbeit,
6 Engagement und politischen Entscheidungen, die Menschen in den Mittelpunkt gestellt
7 haben. Wir sind stolz auf das, was hier entstanden ist: eine Region mit Geschichte und
8 Charakter, mit lebendigen Städten und Dörfern, mit Menschen, die füreinander
9 eintreten.

10 Und wir wissen, was noch nicht stimmt. Wer arbeitet, muss sich eine Wohnung leisten
11 können in der Nähe seines Arbeitsplatzes. Wer auf dem Land lebt, muss mobil sein
12 können ohne ein Auto zu brauchen. Wer Kinder hat, muss auf gute Schulen vertrauen
13 können. Wer älter wird, muss in seiner Gemeinde bleiben können. Das sind keine
14 überzogenen Forderungen. Das ist das Minimum, das eine Region ihren Menschen
15 schuldet.

16 Wir stellen uns einen Landkreis vor, in dem niemand verdrängt wird. In dem Kinder
17 überall dieselben Chancen haben, egal wo sie aufwachsen. Und in dem sie schwimmen
18 lernen, weil ein Hallenbad da ist, das das möglich macht. In dem junge Menschen einen
19 Ort haben, an dem sie feiern können, weil diese Region begreift, dass Nachtleben kein
20 Luxus ist, sondern der Stoff, aus dem Zugehörigkeit gemacht wird. In dem Fachkräfte
21 hierbleiben, weil sie sich das Leben hier leisten können. In dem das Ehrenamt getragen
22 wird, statt nur gelobt zu werden.

23 Das ist kein Versprechen ins Blaue. Es ist ein Programm mit konkreten Schritten: mehr
24 Wohnungen, bessere Verbindungen, starke Schulen, ein Gesundheitssystem, das
25 erreichbar bleibt, und eine Wirtschaft, die die Chancen der Energiewende nutzt, statt sie
26 ziehen zu lassen.

27 Heimat entsteht, wenn Menschen sich aufgehoben fühlen. Wenn sie Orte haben, an
28 denen sie sich begegnen. Wenn sie wissen, dass jemand für sie einsteht. Genau das ist
29 unser Anspruch: ein Landkreis, der für alle da ist. Klar in seinen Zielen. Sozial in seinen
30 Entscheidungen. Vor Ort, wo es darauf ankommt.

31 **Das ist unser Versprechen. Für den Landkreis Lüneburg.**

IM LANDKREIS LÜNEBURG WIRD NIEMAND ALLEIN GELASSEN — EGAL IN WELCHER LEBENSSTADGE

Sozialpolitik entscheidet, ob Menschen ihre Würde behalten, wenn das Leben schwer wird. Das kann uns alle treffen.

Zusammenhalt macht unseren Landkreis stark. Das gute Zusammenleben der Menschen im Kreis macht unser Leben erst lebenswert. Zu einem guten Zusammenhalt gehört, dass niemand ausgeschlossen und allein gelassen wird. Deshalb sagen wir als SPD klar, mit uns gibt es keine Kürzungen im Sozialen.

Wir wollen, dass unsere soziale Infrastruktur stark ist und bleibt und deshalb sorgen wir aktiv dafür, dass wir Leistungen möglichst effizient und bürokratiefrei organisieren (etwa durch Digitalisierung und künstliche Intelligenz), damit mehr Zeit für die Begegnung von Mensch zu Mensch möglich wird.

Genau so sehen wir es auch mit der Automatisierung in der Pflege und Betreuung. Wo auch immer diese hilft, dass Kraft freigesetzt werden kann, die dann in einen guten und intensiven Kontakt zwischen Menschen investiert wird, ist Automatisierung wertvoll.

Der Sozialstaat ist keine Wohltat. Würde ist kein Luxus. Sie gilt für alle.

- **Das Klinikum Lüneburg als Maximalversorger sichern.** Das städtische Klinikum Lüneburg ist das medizinische Rückgrat der gesamten Region. Wer auf dem Land lebt, ist darauf angewiesen, dass dieses Haus funktioniert und sich weiterentwickelt. Denn ein Landkreis ohne leistungsfähiges Schwerpunktkrankenhaus in Reichweite ist kein sicherer Ort zum Leben. Deshalb unterstützt der Landkreis notwendige Investitionen in das Klinikum weiterhin aktiv und setzt sich dafür ein, seine überregionale Versorgungsfunktion dauerhaft zu sichern.
- **Hilfe kommt zu den Menschen — nicht umgekehrt.** Deshalb bauen wir aufsuchende Sozialarbeit im ganzen Landkreis aus, führen flächendeckend Kümmererinnen und Kümmerer in den Sozialräumen ein und schaffen mobile Teams, die regelmäßig in Gemeinden, Unterkünfte und bekannte Problemlagen gehen. Denn viele Menschen im Landkreis wissen nicht, welche Unterstützung ihnen zusteht. Andere wissen es, kommen aber nicht hin — weil der Bus nicht fährt, die Beratungsstelle zu weit ist oder die Scham zu groß. Wer Hilfe nur anbietet, sie aber nicht aktiv vermittelt, lässt genau die zurück, die sie am dringendsten brauchen.
- **Alt werden können im eigenen Zuhause.** Wir wollen Menschen so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden ermöglichen, Angehörige wirksam entlasten und gleichzeitig eine verlässliche Pflegeinfrastruktur sichern. Dafür führen wir einen kommunalen Sozialdienst ein, der ältere Menschen zu Hause besucht und berät, bauen Kurzzeitpflege und

Tagespflegeplätze aus und stärken alternative Wohnformen wie Pflege-WGs und Mehrgenerationenhäuser. Gemeinden sollen durch eine zentrale Stabsstelle der Kreisverwaltung bei Planung, Förderung und Ausbau von Pflegeangeboten unterstützt werden. Außerdem schaffen wir ein zentrales Pflegeportal für alle Angebote im Landkreis und fördern die „Angebote zur Unterstützung im Alltag (AzUA)“. Die Zahl der Pflegebedürftigen im Landkreis hat sich in zehn Jahren fast verdoppelt, und sie wird es in den nächsten 10 Jahren wieder tun. Gleichzeitig sind über 500 Pflegeheimplätze durch Insolvenzen oder Schließungen weggefallen. Pflege darf deshalb nicht allein dem Markt überlassen werden.

- **Einsamkeit ist kein Privatproblem.** Einsamkeit macht krank — körperlich und psychisch. Sie betrifft ältere Menschen genauso wie Jugendliche. Deshalb bauen wir Stadtteiltreffs, Bürgerhäuser und generationsübergreifende Angebote in den Sozialräumen aus. Zudem sichern wir Tafeln und Mittagstische als Orte der Begegnung und Unterstützung dauerhaft. Das Ehrenamt stärken wir mit verlässlichen Ressourcen. Mobilität ermöglicht Teilhabe: Wir wollen das Deutschlandticket als Sozialticket für SchülerInnen, Auszubildende, SeniorInnen und Sozialleistungsbeziehende verbilligen nach dem Hamburger hvv Modell. Und wir führen ein Sozialticket für Kultur, Sport, Medien und Bildung ein, damit niemand aus Geldmangel vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen bleibt. Gemeinschaft entsteht nur dort, wo Orte und Strukturen sie ermöglichen.
- **Schutz für die Verletzlichen.** Wir sichern das neue Frauenschutzzentrum im Hanseviertel dauerhaft, stärken die Drogenberatungsstelle drobs und das Drogenhilfezentrum, erhalten alle Jugendtreffs und Jugendzentren in Stadt und Kreis und verbessern das Entlassungsmanagement aus Klinik und Psychiatrie — damit der Drehtüreffekt aufhört und Menschen wirklich ankommen können. Kinder aus belasteten Familien brauchen Anlaufstellen, nicht Formulare. Suchtkranke Menschen brauchen Hilfe, keine Verdrängung. Denn wer die Verletzlichen einer Gesellschaft im Stich lässt, verliert das Recht, von Solidarität zu reden.
- **Mehr Schutz durch ein neues Frauenhaus.** Frauen, die Gewalt erleben, brauchen sofort Schutz — nicht erst nach Wochen auf einer Warteliste. Damit keine Frau auf dringend benötigte Hilfe warten muss, bauen wir ein neues Frauenhaus.
- **Menschen in Armut helfen.** Auch in einer vergleichsweise wohlhabenden Region wie Lüneburg ist Armut Realität. Steigende Mieten, Energiepreise und Lebenshaltungskosten bringen immer mehr Menschen in Schwierigkeiten - trotz Arbeit oder staatlicher Leistungen. Armut bedeutet nicht nur materielle Not, sondern oft auch soziale Isolation und fehlende Chancen für Kinder und Jugendliche. Deshalb unterstützen wir Tafeln, Mittagstische und Suppenküchen als Orte der Begegnung und Versorgung dauerhaft finanziell. Zudem bauen wir in den Gemeinden niedrigschwellige Hilfsangebote für obdach- und

110 wohnungslose Menschen aus wie Tagesaufenthalte mit Duschen, Wäsche,
111 Beratung und medizinischer Hilfe. Gleichzeitig stärken wir den Housing-First-
112 Ansatz durch Kooperationen mit VermieterInnen und Haftungsgarantien durch
113 die Kommunen — denn eine eigene Wohnung ist die Voraussetzung jeder
114 anderen Stabilisierung.

115 **WEIL WIR WIND HABEN, WÄCHST DIE WIRTSCHAFT.**

116 Wirtschaftlicher Wandel ist keine Bedrohung, wenn wir ihn selbst gestalten. Aber er wird
117 zur Bedrohung, wenn wir zuschauen.

118 Das ist keine abstrakte These für uns. Das ist eine Frage, die wir in Gesprächen mit
119 Facharbeiterinnen im Lüneburger Hafen und mit Handwerkern in Bardowick genauso
120 hören wie in der Innenstadt. Wer schützt unsere Arbeitsplätze, wenn der nächste
121 Strukturwandel kommt? Wer stellt sicher, dass die Region von dem profitiert, was hier
122 vor unserer Tür entsteht?

123 Wir sagen: Das gelingt nur, wenn wir die Energiewende nicht als Last begreifen, sondern
124 als das, was sie wirklich ist — die größte wirtschaftliche Chance, die der Landkreis
125 Lüneburg seit Jahrzehnten hatte. Hunderte neue Windräder, Solarenergie,
126 Energiespeicher: Diese Energie wird hier erzeugt. Unsere Überzeugung ist, dass sie auch
127 hierbleiben und hier Arbeit schaffen muss. Unser Ziel ist es, Unternehmen hier
128 anzusiedeln, die günstige Energie direkt vor Ort nutzen können. Die Region wartet nicht
129 auf die große Politik. Sie braucht einen Landkreis, der mitspielt und gestaltet. Eine
130 Wirtschaftsförderung, die aktiv auf Unternehmen zugeht. Eine Flächenpolitik, die
131 Chancen sichert, bevor wir sie verpassen.

132 Deshalb werden wir die Wirtschaftsförderung strategisch neu aufstellen — mit den
133 Ressourcen und dem Personal, das diese Aufgabe braucht. In Lüneburg-Süd genauso wie
134 in Melbeck, Embsen oder Bleckede. Die Antwort auf den Wandel ist nicht abwarten,
135 sondern Gestaltung.

136 Gute Arbeit, fair bezahlt, mit Perspektive: das gilt für die Fachkraft im Hafen, für die
137 Auszubildende im Handwerk, für den Pfleger in der Gesundheitsholding. Dafür setzen
138 wir uns ein.

139 • **Nachhaltige Energie bleibt im Landkreis.** Bis 2028 entstehen hier viele neue
140 Windkraftanlagen. Diese Energie sollte nicht einfach abtransportiert werden,
141 während Anwohner im Landkreis das Gefühl haben, nur den Preis zu zahlen und
142 nicht den Nutzen zu erhalten. Denn wer den Wandel trägt, hat auch ein Recht auf
143 seine Früchte. Deshalb entwickeln wir eine aktive Ansiedlungsstrategie für
144 energieintensive Industrien: Energiespeicher, Smart Factories, Rechenzentren.
145 Und wir nutzen die Nähe zu neuen Umspannwerken wie in Melbeck als konkreten
146 Standortvorteil für Unternehmen und Kommunen gleichermaßen.

147 • **Wirtschaftsförderung, die wirkt.** Eine schlagkräftige Wirtschaftsförderung ist
148 kein Luxus, sondern Grundvoraussetzung — gerade wenn sich das Zeitfenster für
149 neue Ansiedlungen öffnet und andere Regionen längst unterwegs sind. Denn der
150 Landkreis Lüneburg steht beim Ranking erschlossener Gewerbeflächen in der
151 Metropolregion Hamburg fast ganz hinten. Das ist kein Naturgesetz. Deshalb
152 stärken wir die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Stadt und Landkreis

Lüneburg (WLG) personell und finanziell, geben ihr eine klare Strategie für Ansiedlung, Ausgründungen aus der Leuphana Universität und Bestandspflege und schaffen eine Wirtschaftsförderung, die wirksam ist — als Ermöglicherin, nicht als Verwalterin.

- **Weniger Bürokratie für unser Handwerk.** Viele Handwerksbetriebe klagen über immer mehr Dokumentationspflichten, unnötige Bürokratie, lange Genehmigungsverfahren und unklare Zuständigkeiten. Gerade kleine und mittelständische Betriebe verbringen inzwischen zu viel Zeit mit Verwaltung statt mit ihrem eigentlichen Handwerk. Wir schaffen klare Ansprechpartner in der Kreisverwaltung. Handwerksbetriebe sollen feste Kontaktpersonen erhalten, die Verfahren begleiten und Zuständigkeiten koordinieren. Genehmigungen und Anträge müssen schneller bearbeitet werden. Der Landkreis wird dafür transparente und verbindliche Zielzeiten für wichtige Verfahren festlegen. Formulare und Anträge sollen vollständig digital, einfach und medienbruchfrei nutzbar sein – ohne doppelte Dateneingaben oder zusätzliche Papierunterlagen. Neue Regelungen sollen künftig einem verbindlichen Bürokratie-Check unterzogen werden. Dabei muss geprüft werden, welche zusätzlichen Belastungen für kleine und mittelständische Betriebe entstehen. Der Landkreis wird den regelmäßigen Austausch mit dem Handwerk stärken. Handwerkskammern, Innungen und Betriebe sollen frühzeitig eingebunden werden, damit Probleme direkt aus der Praxis erkannt und gelöst werden können.
- **Handwerk aufwerten, Auszubildende unterstützen.** Wer in der Region ein Gewerk lernt, trägt den Landkreis. Dachdeckerinnen, Elektriker, Installateure: Sie alle setzen die Energiewende um, reparieren, bauen und halten am Laufen, was andere konsumieren. Deshalb unterstützen wir konkret Auszubildende: Sie sollen in Studi-Wohnheimen wohnen und die Vorzüge des Studentenwerks nutzen können, wir prüfen, neue Wohnheime zu bauen, wir schaffen ein AzuBi-Sozialticket für den ÖPNV und die sogenannte Bettensteuer für Auszubildende am Technologiezentrum des Handwerks (TZH) ab. Wir bauen die Berufsorientierung an Schulen aus und setzen uns für ein positives Image des Handwerks ein.
- **Fachkräfte gewinnen, Fachkräfte halten.** Wer heute in Lüneburg ein Handwerk lernt, soll morgen hier sein Leben aufbauen können. Und wer einen Betrieb führt, soll die Leute finden, die er braucht, ohne sie aus dem ganzen Land zusammensuchen zu müssen. Das gelingt nur, wenn Schule, Ausbildung und Arbeitsleben zusammengedacht werden. Deshalb stärken wir die Berufsorientierung an unseren Schulen, fördern Qualifizierungsangebote in der Region und bauen die Volkshochschule als Ort des lebenslangen Lernens weiter aus. Wer Familie und Beruf vereinbaren kann, bleibt.

- 192 • **Flächen erschließen, bevor es andere tun.** Gewerblich nutzbare Flächen gibt es
193 im Landkreis genug — beispielsweise Bilmer Berg, Wittorfer Heide. Das Problem
194 ist nicht der Mangel, sondern dass sie nicht erschlossen sind und der Landkreis
195 damit Chancen liegen lässt, die andere längst nutzen. Denn eine Region, die
196 zehntausende Menschen trägt, braucht eine aktive Flächenpolitik und keine
197 passiv verwalteten Reserven. Deshalb setzen wir klare Prioritäten: Energie-
198 Infrastruktur zuerst, dann Industrien mit Zukunft, und wir sorgen dafür, dass die
199 Entwicklung im Landkreis bleibt.
- 200 • **Eine Wirtschaft für alle.** Wir wollen Arbeitsplätze für alle Personen schaffen. Ein
201 diskriminierungsfreier Arbeitsmarkt, auf dem alle Menschen eine Chance haben
202 ist unser Ziel. Insbesondere auch Menschen mit körperlichen und geistigen
203 Einschränkungen sollen beim Zugang zum Arbeitsmarkt nicht behindert werden.
204 Wir stärken die Träger von Werkstätten und wollen insbesondere durch
205 öffentliche Aufträge Auslastung und Teilhabe sichern.
- 206 • **Mit unserem Trinkwasser sorgsam umgehen.** Der Grundwasserspiegel im
207 Landkreis sinkt. Denn Wasser ist keine Ware, es ist die Grundlage unseres Lebens.
208 Deshalb treiben wir ein intelligentes Wassermanagement voran — vernetzen
209 Wasserver- und Abwasserentsorgung mit der Landwirtschaft, setzen die vierte
210 Reinigungsstufe in Kläranlagen bis Mitte der 30er Jahre um und schaffen damit
211 neue Arbeitsplätze in der Region Nordostniedersachsen. Das ist Klimapolitik, die
212 gleichzeitig Wirtschaftspolitik ist.

213 **WER IN LÜNEBURG SEINE HEIMAT HAT, SOLL HIER AUCH WOHNEN KÖNNEN.**

214 Wir wollen einen Landkreis, in dem Fachkräfte ankommen, Studierende bleiben,
215 Familien Platz finden und ältere Menschen nicht wegziehen müssen.

216 Wir kennen die Gespräche. Der Krankenpfleger, der jeden Morgen 40 Kilometer fährt,
217 weil er sich in Lüneburg keine Wohnung leisten kann. Die junge Familie, die seit Jahren
218 auf eine größere Wohnung wartet und jetzt überlegt, ob der Landkreis überhaupt noch
219 der richtige Ort für sie ist. Die ältere Frau, die gern in eine kleinere Wohnung umziehen
220 würde — und feststellt, dass die neue Wohnung teurer wäre als die alte.

221 Das ist kein abstraktes Marktversagen. Das sind echte Menschen, die verdrängt werden.
222 Aus ihren Stadtteilen, aus ihren Gemeinden und manchmal aus der Region.

223 Lüneburg ist einer der teuersten Wohnstandorte Niedersachsens. Die Mieten bei
224 Neuvermietungen sind seit 2007 um 80 Prozent gestiegen. Gleichzeitig wurden
225 politische Entscheidungen getroffen, die das Problem verschärft haben: Es wurde zu
226 wenig gebaut, es wurde zu wenig gefördert und es wurde zu viel dem Markt überlassen.
227 Das war falsch, und das lässt sich rückgängig machen.

228 Wir machen Wohnungspolitik zur Chefsache. Der Landkreis braucht eine eigene
229 Wohnungsbaugesellschaft oder eine enge Kooperation mit bestehenden kommunalen
230 Gesellschaften. Es braucht einen Pakt mit den Nachbarkommunen und Hamburg, weil
231 das kein Problem ist, das Lüneburg allein lösen kann.

232 Wir wollen einen Landkreis, in dem Fachkräfte ankommen, Studierende bleiben,
233 Familien Platz finden und ältere Menschen nicht wegziehen müssen.

234 • **Bauen, was gebraucht wird — kommunal und gemeinnützig und ohne**
235 **Wucherrenditen.** Wir gründen eine Wohnungsbaugesellschaft des Landkreises
236 in Kooperation mit den Gemeinden und machen gemeinnützigen Wohnungsbau
237 mit dauerhafter Mietpreisbindung zum Standard. Private Investoren bauen vor
238 allem im hochpreisigen Segment — das allein löst jedoch das Wohnraumproblem
239 der Menschen im Landkreis nicht. Wohnungsbau für alle gelingt nur, wenn die
240 öffentliche Hand selbst baut. Einen besonderen Förderschwerpunkt mit Geld und
241 günstigem Bauland legen wir auf die Unterstützung von Baugenossenschaften,
242 denn die können preiswerten Wohnraum bauen. Und wir weisen umgehend
243 zusätzliche Baugebiete aus, damit mehr gebaut werden kann.

244 • **30 Prozent Sozialwohnungen — überall im Landkreis.** Das Lüneburger Modell
245 verpflichtet Investoren, bei Neubauten mindestens 30 Prozent der Wohnungen
246 als Sozialwohnungen zu bauen. Bisher gilt das vor allem in der Hansestadt. Aber
247 Wohnungsnot endet nicht an der Stadtgrenze — auch im Landkreis steigen die
248 Mieten. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass alle Gemeinden diese Quote
249 einführen, prüfen eine Erhöhung auf 40 Prozent in besonders angespannten

Lagen und stellen sicher, dass Sozialbindungen nicht auslaufen — sondern dauerhaft gelten.

- **Boden schützen, Spekulation stoppen.** Wer Bauland kauft und es jahrelang brach liegen lässt, weil Spekulation profitabler ist als bauen, schadet der ganzen Region. Deshalb bauen wir kommunale Bodenfonds aus und vergeben öffentlichen Grund nur noch als Erbbaurecht. Dafür machen wir das Erbbaurecht wieder zu dem, was es mal war: Ein Instrument sozialer Wohnbauförderung mit moderatem Erbbauzins. Was einmal in kommunalem Besitz ist, bleibt dort und kann so preiswert zum Bauen verliehen werden, denn geringe Bodenkosten machen bauen billiger.
- **Leerstände und Zweckentfremdung konsequent beenden.** Wir setzen uns für das Zweckentfremdungsverbot kreisweit ein und gehen gegen Umgehungsmodelle wie möblierte Kurzzeitvermietung oder ungenehmigte Ferienwohnungen vor. Wir unterstützen die Gemeinden des Landkreises bei der Aufnahme entsprechender Regelungen in ihre Satzungen. Das erfordert Personalressourcen in der Verwaltung und politischen Rückhalt — beides werden wir sicherstellen. Hunderte Wohnungen stehen in Lüneburg und Umgebung leer und werden nicht saniert, während Familien keine Wohnung finden. Das ist nicht hinnehmbar. Denn jede zweckentfremdete oder nicht sanierte Wohnung ist eine Wohnung, die fehlt.
- **Wohnraum für Studierende und Auszubildende.** Wer in Lüneburg studiert oder eine Ausbildung macht, verdient eine bezahlbare Wohnung. Wer die nicht findet, geht woanders hin — und fehlt später als Fachkraft. Denn der angespannteste Teil des Lüneburger Wohnungsmarkts sind die kleinen Wohnungen bis 30 Quadratmeter. Deshalb nutzen wir das Förderprogramm "Junges Wohnen" der NBank, prüfen ein gemeinsames Studierenden- und Auszubildendenwohnheim in Kooperation mit der Leuphana und entlasten damit gezielt das Segment, das am stärksten unter Druck steht.
- **Wohnen auf dem Land zur echten Wahl machen.** Im gesamten ländlichen Raum des Landkreises gibt es Bauland, das erschwinglich ist, und Flächen, die bebaut werden könnten. Das gilt für den Osten rund um Dahlenburg und Amt Neuhaus genauso wie für den Süden entlang der OHE-Strecke bis Amelinghausen und die Gemeinden im Westen des Landkreises. Was überall fehlt, ist die Infrastruktur, die Menschen dorthin bringt und von dort wegbringt. Denn bezahlbares Wohnen außerhalb der Stadt funktioniert nur, wenn der ÖPNV zuverlässig fährt und die Bahnstrecken ertüchtigt sind. Deshalb setzen wir uns für den Ausbau des Bahnverkehrs auf der OHE-Strecke zwischen Lüneburg und Soltau - inkl. eines Haltepunkts in Drögenindorf, den Studentakt Richtung Dannenberg und die Reaktivierung der Strecke Richtung Bleckede ein und sorgen für eine

289 vorausschauende Versorgung mit Schulen und Kitas in der gesamten Fläche des
290 Landkreises.

291 **IM LANDKREIS LÜNEBURG HAT JEDES KIND DIE CHANCE, SEINE TALENTE ZU ENTDECKEN**
292 **UND ZU ENTFALTEN.**

293 Bildung entscheidet nicht nur über Schulabschlüsse. Sie entscheidet darüber, welche
294 Möglichkeiten Kinder im Leben haben. Deshalb wollen wir, dass jedes Kind im Landkreis
295 Lüneburg die Unterstützung bekommt, die es braucht, um seine Talente zu entfalten
296 und seinen eigenen Weg zu gehen.

297 Wir kennen aber auch die Realität im Landkreis. Die Grundschullehrerin, die allein vor
298 einer Klasse mit 26 Kindern steht und gleichzeitig fördern, fordern und auffangen soll.
299 Die Eltern, die lange Wege zur passenden Schule organisieren müssen. Das Kind, das
300 nicht schwimmen lernt, weil Schwimmzeiten fehlen. Und die Schulsozialarbeiterin, die
301 für hunderte Schülerinnen und Schüler zuständig ist.

302 Das sind keine Einzelfälle. Das ist der Alltag vieler Familien und Schulen im Landkreis
303 Lüneburg.

304 Wir wollen Schulen, die Kindern Chancen eröffnen, statt Hürden aufzubauen. Schulen,
305 in denen Leistung möglich ist, Gemeinschaft gelebt wird und niemand zurückbleibt.
306 Dafür braucht es moderne Gebäude, ausreichend Unterstützung für Lehrkräfte,
307 funktionierende Digitalisierung und eine Bildungslandschaft, die Hansestadt und Land
308 gleichermaßen im Blick hat.

309 Als Schulträger kann der Landkreis nicht über Lehrpläne entscheiden. Aber er kann die
310 Voraussetzungen schaffen, damit Lernen gelingt. Genau das wollen wir tun.

311 • **Inklusion praktisch ermöglichen.** Inklusion darf nicht am Personalmangel und
312 Barrieren scheitern. Deshalb verlängern und erweitern wir die bestehenden
313 Modellprojekte zur Klassenassistenz und entwickeln sie schrittweise zu einem
314 festen Bestandteil unserer Schulen weiter. Schulbegleitungen bleiben dort
315 erhalten, wo sie notwendig sind.

316
317 • **Schulsozialarbeit und Unterstützung ausbauen.** Kindern und Jugendlichen steht
318 unsere Unterstützung zu. Deshalb bauen wir Schulsozialarbeit flächendeckend
319 aus und setzen uns für multiprofessionelle Teams aus Sozialpädagogik,
320 Psychologie, Lerntherapie und Jugendhilfe an unseren Schulen ein. Kinder lernen
321 in der Schule mit Freude und finden in schwierigen Lebensphasen
322 Unterstützung.

323
324 • **Schulen als attraktive Lebensräume gestalten.** Kinder verbringen einen großen
325 Teil ihres Tages in der Schule. Deshalb investieren wir in moderne
326 Ganztagsbereiche, Schulturnhallen, Bewegungsräume aber auch in Ruhezonen
327 und Rückzugsorte. Gute Schulen brauchen nicht nur Klassenzimmer, sondern
328 sind Orte zum Lernen, zum bewegten Spielen und Ankommen.

- 329 • **Jedes Kind soll schwimmen lernen.** Schwimmen zu können rettet Leben.
330 Trotzdem verlassen viele Kinder die Grundschule ohne Schwimmabzeichen. Wir
331 organisieren Transportmöglichkeiten zu Schwimmbecken, stärken
332 Schwimmangebote im Ganzttag und setzen uns für den Bau eines zusätzlichen
333 Hallenbades im Landkreis ein.
334
- 335 • **Schulgebäude modernisieren.** Zu viele Schulen samt den Turnhallen und
336 Sportplätze leiden unter einem Sanierungsstau. Wir machen weiterhin die
337 Modernisierung der schulischen Infrastruktur zu einer Priorität und setzen uns
338 für einen Bildungspakt für den gesamten Landkreis ein. Wir wollen anknüpfen an
339 die Sanierungsoffensive, die wir unter ehemaligen SPD-Landräten schon einmal
340 angestoßen hatten.
341
- 342 • **Unsere Schulen digitalisieren.** Die Einführung von Tablets ab Jahrgang 7 ist ein
343 wichtiger Schritt. Digitale Bildung braucht jedoch mehr als Endgeräte. Deshalb
344 schaffen wir eine zentrale IT-Betreuung für die Schulen im Landkreis, damit
345 Lehrkräfte weniger Zeit mit Technikproblemen verbringen und mehr Zeit für
346 guten Unterricht haben.
347
- 348 • **Prävention und mentale Gesundheit stärken.** Mobbing, Hass und
349 Desinformation in sozialen Medien gehören für viele Kinder und Jugendliche
350 heute zum Alltag. Kinder sollen sich sicher fühlen und gestärkt werden. Deshalb
351 stellen wir zusätzliche Mittel für externe Fachkräfte, Präventionsprojekte und
352 Bildungsangebote bereit, die Kinder und Jugendliche im sicheren und kritischen
353 Umgang mit digitalen Medien stärken.
354
- 355 • **Jedes Kind zum Schulabschluss führen.** Die Zahl der Schulabbrecherinnen und
356 Schulabbrecher steigt. Wir wollen die Ursachen systematisch analysieren und
357 gemeinsam mit Schulen, Jugendhilfe und Wirtschaft ein Aktionsprogramm
358 entwickeln, damit mehr junge Menschen erfolgreich einen Abschluss erreichen.
359
- 360 • **Unsere Volkshochschule fit für die Zukunft machen.** Die Volkshochschule ist das
361 Zentrum des lebenslangen Lernens im Landkreis. Wir sichern ihre Finanzierung
362 langfristig ab und unterstützen sie dabei, ihre Angebote vermehrt in den
363 Gemeinden des ländlichen Raums auszubauen und mittels zusätzlicher Mittel
364 innovative Lernformate zu entwickeln.
365
- 366 • **Familienwille ernstnehmen – mehr Plätze an Gesamtschulen.** Familien sollen
367 eine echte Wahl haben. Deshalb setzen wir uns für den Erhalt und die
368 Weiterentwicklung der vielfältigen Schullandschaft im Landkreis ein und werden
369 mehr Schulplätze im Bereich der immer stärker nachgefragten Gesamtschulen
370 schaffen.

371 **WER IM LANDKREIS LÜNEBURG LEBT, SOLL SICH FREI BEWEGEN KÖNNEN — EGAL OB**
372 **MIT ODER OHNE AUTO.**

373 Mobilität ist keine Frage des Lebensstils. Sie entscheidet darüber, ob Menschen am
374 Leben teilhaben können.

375 Wir kennen die Situation auf dem Land. Die ältere Frau in Scharnebeck, die nicht mehr
376 Auto fährt und deren Bus dreimal täglich fährt — wenn er nicht ausfällt. Die
377 Mitarbeiterin der GfA, die jeden Morgen 40 Kilometer pendeln muss, weil es zwischen
378 ihrem Dorf und dem Arbeitsplatz keine vernünftige Verbindung gibt. Das Kind, das nach
379 dem Training auf Mama oder Papa warten muss, weil kein Bus mehr fährt.

380 Das ist die Realität eines Landkreises, der beim öffentlichen Nahverkehr zu lange zu
381 wenig investiert hat. Und es ist eine Frage der Gerechtigkeit: Wer sich kein Auto leisten
382 kann oder keins mehr fahren darf, verliert Freiheit. Mit der Gründung unserer eigenen
383 ÖPNV-Gesellschaft MOIN haben wir einen wichtigen Schritt gemacht. Jetzt müssen wir
384 liefern. Bessere Takte, verlässliche Verbindungen, faire Löhne für die Fahrerinnen und
385 Fahrer. Und wir müssen die Bahnstrecken reaktivieren, die seit Jahrzehnten brachliegen
386 — nach Bleckede, nach Amelinghausen und weiter Richtung Soltau. Schiene und Bus,
387 intelligent vernetzt, sodass niemand dreimal umsteigen muss, um von seinem
388 Nachbarort in die Stadt zu kommen.

389 In Lüneburg selbst wollen wir eine Innenstadt, in der man sich gern aufhält — nicht weil
390 Autos verboten sind, sondern weil Bus, Fahrrad und die Wege so attraktiv sind, dass die
391 meisten das Auto stehen lassen.

392 Mobilität ist Daseinsvorsorge. Sie gehört in öffentliche Verantwortung.

393 • **MOIN ausbauen — Busse, die wirklich fahren.** Wir bauen die MOIN konsequent
394 aus, stellen auf Elektrobusse um, vergüten das Personal nach TVöD und
395 verknüpfen Bus, Bahn und das Demand-System hvv hop so, dass aus dem
396 Flickenteppich ein echtes Netz wird. Daneben braucht es auch wieder einige
397 Rufbuslinien. Ein Bus, der zweimal täglich fährt, ist kein ÖPNV. Er ist Dekoration.
398 Gerade in den Gemeinden zwischen Neuhaus und Ostheide, zwischen Bleckede
399 und Bardowick, entscheidet der Takt darüber, ob Menschen eigenständig leben
400 können. Denn schlechter ÖPNV trifft immer zuerst die, die kein Auto haben —
401 und das sind nie die Wohlhabendsten.

402 • **A39 endlich bauen.** Die fehlende Autobahnverbindung zwischen Lüneburg und
403 Wolfsburg ist seit Jahrzehnten ein strukturelles Problem für den gesamten
404 Landkreis. Gewerbebetriebe im ländlichen Raum verlieren
405 Wettbewerbsfähigkeit, Pendlerinnen verlieren täglich Zeit, und Kommunen
406 abseits der Kreisstadt haben keine Chance auf wirtschaftliche Entwicklung,
407 solange die Anbindung fehlt. Denn wer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse
408 ernst meint, kann nicht auf Straßeninfrastruktur verzichten, die andere Regionen

längst haben. Für die Gemeinde Melbeck hat die Entlastung vom überregionalen Verkehr oberste Priorität – hier muss spürbare Lebensqualität zurückgewonnen werden. Wir stehen klar zum Bau der A39 – für eine starke Wirtschaft, bessere Mobilität und mehr Lebensqualität in unseren Gemeinden.

- **Regionalstrecken reaktivieren und Angebot verbessern — Schiene für das ganze Land.** Wir setzen uns aktiv für die Reaktivierung der Strecken nach Soltau und Bleckede sowie für die Taktverdichtung der Bahn nach Dannenberg ein. Wir fordern vom Land Niedersachsen ausreichende Mittel für den Betrieb und wollen auf der Strecke Hamburg-Uelzen langfristig den 20-Minuten-Takt. Wer mit der Bahn schneller am Ziel ist als mit dem Auto, lässt das Auto stehen. Die Bahnstrecke nach Soltau wird jetzt saniert. Aber auch die Strecke nach Bleckede muss umgebaut werden. So entsteht ein größeres und besseres, regionales S-Bahnnetz in der Region.
- **Lüneburg bleibt Fernverkehrsknoten.** Die Neubaustrecke entlang der A7 muss kommen. Wir kämpfen für den ICE-Studentakt in beide Richtungen, für die Reaktivierung der Direktverbindung nach Berlin und für den Lärmschutz entlang der sanierten Strecke. Über 100.000 Menschen leben in Lüneburg und seinem direkten Umland. Wer auf das Auto angewiesen ist, weil die Bahn zu unzuverlässig fährt, fällt keine freie Entscheidung, sondern reagiert auf ein Versagen der Infrastruktur.
- **Mobilität für alle — barrierefrei und bezahlbar.** Mobilität ist ein Recht, das für alle gilt — nicht nur für die, die sich Alternativen leisten können. Deshalb setzen wir uns für Sozialtarife im ÖPNV ein, fordern funktionierende Barrierefreiheit an allen Haltestellen und stellen sicher, dass alle Menschen ohne Umwege in die Hansestadt kommen können.
- **Radfahren — es braucht gute Wege.** Wir wollen gute Radwege, damit immer mehr Menschen mit dem Rad fahren, zur Arbeit oder in der Freizeit. Gemeinsam mit den Gemeinden und Städten wollen wir das Netz weiter ausbauen und Barrieren abbauen.
- **Das Amt Neuhaus gut anbinden.** Die Menschen im Amt Neuhaus haben Anspruch auf eine verlässliche und dauerhafte Anbindung an ihren Landkreis. Die heutige Fährverbindung ist immer wieder durch Hoch- und Niedrigwasser, technische Ausfälle oder Wartungsarbeiten eingeschränkt. Eine moderne Infrastruktur muss Mobilität, Erreichbarkeit und Sicherheit ganzjährig gewährleisten. Eine Elbbrücke stärkt die wirtschaftliche Entwicklung der Region, verbessert die Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen, Schulen und medizinischer Versorgung und erhöht die Sicherheit im Katastrophenschutz sowie für Rettungsdienste und Feuerwehren. Gleichzeitig schafft sie bessere Voraussetzungen für den öffentlichen Nahverkehr und die Entwicklung des gesamten Ostkreises. Die Planungen für die Elbbrücke

448 laufen seit Jahrzehnten. Das Projekt ist in den Raumordnungsplanungen des
449 Landes und der Region verankert und befindet sich im
450 Planfeststellungsverfahren. Darin werden wesentliche Fragestellungen der
451 Realisierbarkeit dieses für die Menschen im Amt Neuhaus und den gesamten
452 Landkreis wichtigen Projektes geklärt. Deshalb stehen wir zu dem Ziel, das
453 Planfeststellungsverfahren konsequent zum Abschluss zu bringen, um letztlich
454 auf Basis von Fakten und einer gesicherten Finanzierung zu
455 entscheiden. Gleichzeitig stärken wir die Anbindung des Amtes Neuhaus in
456 Richtung Hamburg und Schwerin über den Bahnhof Brahlstedt. Eine
457 Taktverbesserung im Regionalverkehr und eine bessere Verknüpfung mit dem
458 ÖPNV und dem Radwegenetz machen diesen Korridor zu einer echten
459 Alternative, die das Amt Neuhaus nicht nur mit Lüneburg, sondern mit der
460 gesamten Region verbindet.

461 **KULTUR IST KEIN PRIVILEG DER HANSESTADT. IM LANDKREIS LÜNEBURG GEHÖRT SIE**
462 **ALLEN.**

463 Zusammenhalt braucht Orte. Und diese Orte müssen wir schützen.

464 Kultur ist kein Luxus, den man sich leisten kann oder nicht. Kultur ist der Stoff, aus dem
465 Gemeinschaft gemacht ist. Theater, Bibliothek, Konzert, Museen: Das sind die Orte, wo
466 Menschen sich begegnen, wo sie merken, dass sie nicht allein sind.

467 Diese Orte brauchen unsere Aufmerksamkeit und unsere Unterstützung. Wenn ein
468 Treffpunkt wegfällt, lässt sich das nicht einfach ersetzen. Kein Förderprogramm macht
469 aus einer leeren Dorfmitte einen Ort der Begegnung. Kein Beschluss ersetzt das
470 Ehrenamt, das eine Sammlung am Leben hält.

471 Deshalb wollen wir nicht nur die großen Häuser in der Hansestadt absichern. Wir wollen,
472 dass das Theater eine verlässliche Finanzierung bekommt. Wir wollen, dass die kleinen
473 Museen in den Gemeinden nicht verschwinden, weil niemand die Nachfolge organisiert.
474 Und wir wollen, dass Kinder im ganzen Landkreis Zugang zu kultureller Bildung haben,
475 egal wo sie aufwachsen.

476 Kultur verbindet Stadt und Land. Sie öffnet Türen, die sonst verschlossen bleiben. Und
477 sie ist das Fundament einer Gesellschaft, die zusammenhält.

- 478 • **Unsere Museen retten, bevor es zu spät ist.** Wir stärken das Museumsnetzwerk
479 im Landkreis, sichern die Koordinierungsstelle dauerhaft und begleiten aktiv den
480 Generationenwechsel in ehrenamtlich geführten Häusern. Denn viele kleine
481 Museen hängen an wenigen Menschen, die älter werden und keine Nachfolge
482 finden. Wenn dieses Kulturgut einmal verloren ist, kommt es nicht zurück.
- 483 • **Theater braucht verlässliche Finanzierung, keine jährliche Zitterpartie.** Wir
484 setzen uns für verbindliche Mehrjahresfinanzierung durch Landkreis, Hansestadt
485 und Land ein, damit das Haus planen und gestalten kann.
- 486 • **Kulturelle Teilhabe darf keine Frage der Postleitzahl sein.** Wir bauen mobile
487 Kulturangebote aus, stärken die kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche im
488 ganzen Landkreis und schaffen gemeinsam mit den Gemeinden Räume, in denen
489 Soziokultur entstehen kann.
- 490 • **Proberäume und Veranstaltungsorte für Musik und Gemeinschaft.** Wir fördern
491 Proberäume und Spielstätten in Stadt und Gemeinden – sowohl für Musik als
492 auch für bildende Künste. Denn wo junge Menschen keine Räume haben,
493 verlieren sie die Bindung an ihren Ort. Das Clubsterben der vergangenen
494 Jahrzehnte hat Lücken hinterlassen, die wir aktiv schließen müssen.
- 495 • **Erinnerungskultur sichern, nicht dem Zufall überlassen.** Wir schaffen einen
496 dauerhaft finanzierten Masterplan für Erinnerungskultur im Landkreis, mit klarer
497 institutioneller Verankerung und einem regionalen Netzwerk aus Gedenkorten,

498 Bildungseinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Initiativen. Denn Demokratie
499 braucht Gedächtnis.

- 500 • **Lüneburg international sichtbar machen.** Wir unterstützen eine mögliche
501 UNESCO-Bewerbung der Hansestadt Lüneburg gemeinsam mit anderen
502 Salzstädten und eine mögliche Kandidatur als Europäische Kulturhauptstadt
503 aktiv. Denn das kulturelle Erbe des Landkreises ist von europäischer Bedeutung.
504 Es zu sichern und sichtbar zu machen, ist eine Investition in die Zukunft des
505 gesamten Landkreises.

506 **SPORT IST WEIT MEHR ALS FREIZEITGESTALTUNG.**

507 Sport leistet einen zentralen Beitrag zu Gesundheit, Bildung, Integration, Inklusion und
508 sozialem Zusammenhalt.

509 Aufgrund dieser Bedeutung ist es unsere gemeinsame Aufgabe, die Möglichkeiten und
510 den Zugang zum Sport bereichsübergreifend zu organisieren. Für uns ist die Förderung
511 von Breitensport für alle Menschen wichtig. Der Spitzensport aktiviert und motiviert.

512 Für uns ist Sportpolitik Daseinsvorsorge. Sportstätten sanieren, Vereine stärken,
513 Übungsleiter anständig entlohnen und dafür sorgen, dass kein Kind im Landkreis
514 Lüneburg vom Sport ausgeschlossen bleibt — wegen des Geldbeutels der Eltern, wegen
515 der Entfernung zum Sportplatz oder schlichtweg wegen fehlender
516 Hallenbadkapazitäten.

517 Sport verbindet. Für mehr Miteinander in unserem Landkreis.

518 • **Wir bauen ein zweites Hallenbad.** Wer nicht schwimmen kann, ist in Gefahr.
519 Trotzdem kommen im Landkreis viele Kinder aus dem Grundschulalter ohne
520 sicheres Schwimmbabzeichen. Der Grund ist die fehlende Kapazität. Denn ein
521 Hallenbad mit vier Bahnen, reicht nicht für 188.000 Einwohnerinnen im
522 Landkreis. Schwimmfähigkeit rettet Leben. Deshalb stehen wir für den Bau eines
523 weiteren Hallenbades an einem erreichbaren Standort im Landkreis ein — mit
524 langfristig tragfähigem Energiekonzept und enger Anbindung an Schulen und
525 Vereine.

526 • **Kein Kind bleibt draußen.** Wir sichern Bildungs- und Teilhabeleistungen
527 konsequent für Vereinsmitgliedschaften, unterstützen Vereine bei
528 niedrigschwelligen Angeboten für alle Kinder im Landkreis und bauen die
529 Zusammenarbeit mit Kitas und Schulen aus, damit der Weg in den Vereinssport
530 früh und ohne Hürden gelingt. Denn Teilhabe darf keine Frage des Geldbeutels
531 sein — schon gar nicht beim Sport.

532 • **Übungsleitende verdienen Anerkennung.** Wer Kinder trainiert, Senioren fit hält
533 und Jugendliche begleitet, tut das meistens für sehr wenig Geld — und oft genug
534 auf eigene Kosten. Deshalb bauen wir die Übungsleiterpauschale aus, verstetigen
535 sie verlässlich und schaffen damit eine Grundlage, auf der Vereine planen
536 können.

537 • **Sportstätten sanieren, bevor sie verfallen.** Wer in Sportstätten investiert und
538 unterhält, investiert in Gesundheit, Gemeinschaft und die Zukunftsfähigkeit des
539 Ehrenamts. Deshalb bauen wir die investive Sportstättenförderung aus, bündeln
540 Förderprogramme von Landkreis und Kommunen und machen Barrierefreiheit
541 und Energieeffizienz zum Standard — damit jede Sanierung auch eine Investition
542 in die nächsten Jahrzehnte ist.

- 543 • **Vereine in den Schulalltag holen.** Die Ganztagschule ist für Familien und Vereine
544 eine Chance. Wenn Kinder bis 16 Uhr in der Schule sind, brauchen Vereine neue
545 Wege, um sie zu erreichen. Vereinssport bietet mehr als Bewegung: Er lehrt
546 Teamgeist, Verlieren, Verbindlichkeit und Zusammenhalt. Deshalb unterstützen
547 wir Kooperationsmodelle, die Übungsleiter in den Schulganzttag integrieren,
548 schaffen verlässliche Finanzierungsstrukturen dafür und denken Schule und
549 Vereinssport vom Kind aus — nicht von Zuständigkeitsgrenzen.
- 550 • **Outdoor-Bewegungsflächen für alle.** Neben Vereinen nutzen viele Menschen
551 individuelle Sport- und Bewegungsangebote – etwa Laufen, Radfahren, Fitness
552 im Park oder Outdoor-Sportgeräte. Ausbau bewegungsfreundlicher Infrastruktur
553 (Seniorengeräte, Rad- und Laufstrecken, Calisthenics-Anlagen, Skateparks),
554 Kooperationen zur Gestaltung sicherer, attraktiver und barrierefreier
555 Bewegungsräume, Verknüpfung mit Gesundheitsförderung und
556 Präventionsprogrammen, insbesondere gegen Bewegungsmangel bei Kindern
557 und Jugendlichen. Nur gemeinsam kann der Landkreis Lüneburg zur
558 Bewegungsregion werden.

559 **WER FÜR ANDERE EINSTEHT, DARF NICHT ALLEIN GELASSEN WERDEN.**

560 Sicherheit entsteht nicht nur durch Gesetze. Sie entsteht, weil Menschen auch nachts
561 aufstehen und rausgehen. Freiwillig, ohne Gehalt, oft ohne Dank.

562 Deswegen sagen wir Danke. Das ist für uns kein abstraktes Verwaltungsthema. Wir
563 erleben es im Landkreis: in den Dörfern der Elbmarsch und überall dort, wo die
564 ehrenamtlichen Katastrophenschützer von der DLRG oder der freiwilligen Feuerwehr
565 das einzige sind, was zwischen einem Notfall und einer Katastrophe steht. Diese
566 Menschen halten den Landkreis zusammen.

567 Im praktischen Einsatz sind es Freiwillige, die vor Ort die Lage bewältigen. Dieses
568 gesellschaftliche Engagement bedarf ein hohes Maß an Wertschätzung, denn ohne den
569 persönlichen Einsatz wäre keine Lage zum Schutze der Bevölkerung, der Infrastruktur
570 oder hoher Werte zu bewältigen. Die Erstattung ausgefallener Arbeitsentgelte,
571 Bonusprogramme (z.B. Ehrenamtskarte), Auszeichnungen, Aufwandsentschädigungen
572 (kein Entgelt) stellen ein Mindestmaß an notwendiger Wertschätzung dar.

573 Hier ist eine enge Abstimmung mit der Blaulichtfamilie sinnvoll. Administrative
574 Aufgaben hingegen, die auch von hauptamtlich Mitarbeitenden zu erledigen sind,
575 müssen in der Verwaltung bleiben. Freiwilligen und Ehrenamtlern ist nur ein absolutes
576 Mindestmaß an Verwaltung zumutbar.

577 Katastrophen- und Zivilschutz haben gerade in der heutigen Zeit für uns Priorität.
578 Verbindliche Feuerwehrbedarfspläne, ein Notstromkonzept, das tatsächlich
579 funktioniert, und eine Bevölkerung, die weiß, was zu tun ist, auch schon bevor die
580 Sirenen heulen. Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit. Sie ist das Ergebnis von
581 Vorsorge und von Menschen, die andere wichtiger nehmen als sich selbst.

582 • **Neubau der Feuerwehrtechnischen Zentrale FTZ.** Moderne Feuerwehrtechnische
583 Zentralen sind als logistische Drehscheiben von zentraler Bedeutung. Sie müssen
584 über Notstromversorgung, gesicherte Kommunikation, Reserveleitstellen und
585 angemessene Arbeitsmöglichkeiten verfügen. Bestehende Lücken sind zeitnah zu
586 schließen, Nachrüstungen müssen mit hoher Priorität erfolgen. Letztendlich
587 entscheidet die richtige Qualifikation und Routine der Einsatzkräfte über
588 Eigensicherung und die Rettung der Zivilbevölkerung.

589 • **Feuerwehrbedarfsplan: verbindlich, aktuell, kreisweit.** Die Freiwilligen
590 Feuerwehren sind das Rückgrat des Katastrophenschutzes. Jede Kommune ist
591 gehalten, einen Feuerwehrbedarfsplan aufzustellen und dem Landkreis
592 vorzulegen. Die Kreisverwaltung ist so in der Lage, über Gemeindegrenzen hinaus
593 zu koordinieren. Zudem gilt es insbesondere im ländlichen Raum zu klären,
594 welche Auswirkungen georeferenzierte Alarmierungssysteme auf die
595 Einsatzbereitschaft kleiner Feuerwehren haben. Gemeinsame Übungen, die die
596 Landkreis-, Stadt- und Samtgemeindegrenzen überschreiten, sind unverzichtbar.

- 597 • **Ehrenamtliche von Verwaltung entlasten.** Wer nach einem Zwölf-Stunden-

598 Einsatz noch Formulare ausfüllen soll, hört auf. Das ist keine Übertreibung. Es ist

599 der Alltag vieler Freiwilliger im Landkreis. Denn Bürokratie kostet genau das, was

600 wir uns am wenigsten leisten können: die Menschen, die mitmachen. Deshalb

601 ziehen wir eine klare Linie: Administrative Aufgaben gehören in die Verwaltung,

602 nicht ins Ehrenamt. Einsatzberichte, Beschaffung, Planung: das ist Aufgabe

603 hauptamtlicher Stellen. Die Freiwilligen sollen Einsätze leiten, nicht verwalten.
- 604 • **Freistellung im Ernstfall rechtssicher machen.** Wer im Katastrophenfall

605 gebraucht wird, muss auch bereit stehen können. Das gilt für Feuerwehrleute,

606 DLRG-Retter und DRK-Kräfte genauso wie für alle, die in systemrelevanten

607 Bereichen arbeiten. Wir setzen uns für rechtlich verbindliche

608 Freistellungsregelungen ein und schließen bestehende Gesetzeslücken —

609 gemeinsam mit dem Land Niedersachsen. Wer andere schützt, darf dabei keinen

610 Job riskieren.
- 611 • **Notstrom, Wasser, Wärme — verbindlich planen.** Ein Stromausfall trifft alle

612 Haushalte — nur dass auf dem Land der nächste Hilfspunkt deutlich weiter weg

613 ist. Versorgungssicherheit ist keine Frage des Komforts, sondern eine Frage des

614 Überlebens. Die Versorgung mit Energie und Trinkwasser ist überlebenswichtig.

615 Ein umfassender Plan zur Notstromversorgung ist somit für den Landkreis

616 obligatorisch. Eine funktionierende Versorgung mit Lebensmitteln und Kraftstoff

617 ist Voraussetzung für die Einsatzfähigkeit im Katastrophenfall. Der Landkreis

618 erstellt — in enger Zusammenarbeit mit dem Land Niedersachsen — Notfallpläne.
- 619 • **Notfallpläne für Pflegebedürftige in der eigenen Wohnung.** Der Landkreis muss

620 Pläne vorlegen, wo welche Pflegebedürftigen vor Ort versorgt werden müssen.

621 Mehr als 80 Prozent aller Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt. Im

622 Katastrophenfall, insbesondere im Falle eines Stromausfalles von ungewisser

623 Dauer fallen Beatmungsgeräte, die Versorgung mit warmen Wassern und andere

624 lebenswichtige Geräte aus. Zudem brauchen wir für diese vulnerablen Gruppen

625 Evakuierungspläne. Gerade diese Menschen sind auf unsere Hilfe besonders

626 angewiesen.
- 627 • **Feuerwehreinsatzplan.** Ein Plan, der in der Schublade liegt, rettet kein Leben.

628 Deshalb werden künftig alle fünf Jahre aktualisierte Bedarfspläne auf Gemeinde-

629 und Landkreisebene erstellt, mit konkreten Aussagen zu Gerät, Ausbildungsstand

630 und realer Tagesalarmstärke.
- 631 • **Bevölkerung vorbereiten, bevor es zu spät ist.** Die meisten Menschen im

632 Landkreis wissen nicht, wo die nächste Notunterkunft ist. Viele kennen keine

633 Warn-App. Ein Drei-Tage-Vorrat für den Katastrophenfall existiert in den

634 wenigsten Haushalten. Aber Aufklärung kostet wenig und spart im Ernstfall

635 enorm — an Zeit, an Ressourcen, an Panik. Deshalb starten wir gezielte

636 Informationskampagnen, bringen Krisenvorsorge und Verständnis für Zivilschutz
637 in die Schulen. Wir stellen sicher, dass jeder Haushalt im Landkreis weiß, welche
638 Unterkunft für ihn vorgesehen ist.